

## Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

08.12.2015 Drucksache 17/9374

## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Herbert Woerlein, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller und Fraktion (SPD)

Salmonellen-Skandal: Rückhaltlose Aufklärung und Durchsetzung des Verbraucherschutzrechts auch in Bayern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag unverzüglich mündlich und schriftlich zu berichten,

- wie sie ab sofort Verstöße gegen europäisches Verbraucherrecht in Bayern verhindern will,
- welche genauen Hintergründe zur Verhaftung eines Amtsveterinärs des Landratsamts Straubing-Bogen geführt haben,
- in wie weit eventuelle Defizite der zuständigen Dienstaufsicht zu den fehlerhaften Kontrollen durch das Landratsamt Straubing-Bogen und der daraus resultierenden Verbrauchergefährdung geführt haben,
- welche genauen Hintergründe zur personellen Konsequenz infolge staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen gegen einen Mitarbeiter der Regierung von Niederbayern geführt haben,
- welche strukturellen Faktoren aus ihrer Sicht mitursächlich für das zur Verhaftung führende Verhalten sind und
- wie die Staatsregierung Amtsveterinäre und Lebensmittelkontrolleure auf allen Ebenen in ihrer Interessenunabhängigkeit und Kontrolleffizienz stärken will.

## Begründung:

Während des Salmonellenskandals wurde in Bayern europäisches Verbraucherschutzrecht missachtet. Im August 2014 hätte nicht nur die Öffentlichkeit gewarnt, sondern an einem zweiten Standort von Bayern-Ei weitergehende Maßnahmen zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher ergriffen werden müssen. Auch die langen Auswertungszeiten für Proben verstoßen gegen europäisches Recht, weil sie das Gebot einer effektiven und wirksamen Kontrolle unterlaufen.

Die Verhaftung eines Amtsveterinärs des Landratsamts Straubing-Bogen übertrifft alles bisher Bekannte im Salmonellenskandal. Darüber hinaus wurden staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen einen Mitarbeiter der Regierung von Niederbayern bekannt, welche ebenfalls bereits zu personellen Konsequenzen geführt haben. Aus diesen Gründen muss der Landtag unverzüglich über die genauen Umstände dieses Falles informiert werden. Der Salmonellenausbruch mit schwerwiegenden Folgen in mehreren europäischen Ländern im Jahr 2014 lässt sich aber nicht nur durch individuelles Fehlverhalten erklären. Er hat im Wesentlichen strukturelle Ursachen und ist insbesondere auch durch schwerwiegende Fehler und Versäumnisse auf höherer Ebene bedingt worden.

Amtsveterinäre und Lebensmittelkontrolleure sind in Bayern zudem starkem Druck durch wirtschaftliche Interessen und politische Einflussnahme vor Ort ausgesetzt. Deswegen müssen sie jetzt nicht nur in ihrer Kontrolleffizienz, sondern auch in ihrer Unabhängigkeit gestärkt werden.